

ANTRAG

der Fraktionen DIE LINKE und SPD

Demokratie stärken – Sie lebt vom Diskurs

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag stellt fest, dass
 1. die Demokratie und ihre elementaren Institutionen nicht als selbstverständlich hingenommen werden dürfen, sondern anhaltend gestärkt und gegen jegliche Angriffe verteidigt werden müssen.
 2. eine kritische Zivilgesellschaft einen wesentlichen Bestandteil unserer demokratischen Grundordnung darstellt, die durch ihr Wirken zum gesamtgesellschaftlichen Meinungs- und Willensbildungsprozess beiträgt.
 3. staatlich geförderten Organisationen keine unlautere Parteilichkeit unterstellt werden kann, wenn sie im Rahmen ihrer satzungsgemäßen Ziele agieren.
 4. Demonstrationen für den Schutz der Menschenrechte, für den Erhalt der Demokratie sowie gegen extrem rechte und demokratiegefährdende Entwicklungen vom Grundrecht auf Meinungsfreiheit gedeckt sind und insbesondere zivilgesellschaftliche Initiativen hinsichtlich etwaiger Meinungskundgaben keinem Neutralitätsgebot unterliegen.
- II. Der Landtag verurteilt jegliches Handeln, welches geeignet ist, zivilgesellschaftliche Akteure zu diffamieren und einzuschüchtern, und damit ihre Bedeutung in der parlamentarischen Demokratie grundsätzlich infrage stellt.

- III. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die
1. Einführung eines Demokratiefördergesetzes einzusetzen, um Projekte und Initiativen zur Stärkung der Demokratie langfristig zu sichern und zu stärken.
 2. Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts in Abgrenzung zum Parteienprivileg einzusetzen, um zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie, Menschenrechte und Umwelt im Sinne des Grundgesetzes und rechtssicher auszugestalten und zu unterstützen.

Jeannine Rösler und Fraktion

Julian Barlen und Fraktion